

MEMORANDUM 2011

Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos

– Kurzfassung –

1. **Ende der Krise?**
2. **Sozial-ökologisches Wachstum braucht steigende Arbeitseinkommen**
3. **Kein Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt**
4. **Banken machen weiter, was sie wollen**
5. **Die „Schuldenbremse“ wird großen Schaden anrichten**
6. **EU-Politik weiter neoliberal ausgerichtet**
7. **Alternativen sind notwendig – Umverteilung umkehren**

Der massive Einbruch der Weltwirtschaft 2009 hatte seine Ursache in den aufgestauten weltweiten Ungleichgewichten, die Folge massiver Umverteilungen von den Arbeits- zu den Besitzereinkommen sind. Die neoliberalen „Brandstifter“, die noch bis kurz vor der Krise auf die Entfesselung der Marktkräfte setzten, mutierten unter dem Druck der schwersten Krise seit 80 Jahren zu keynesianischen „Feuerwehrlenten“. Entgegen dem noch kurz zuvor propagierten Schwur auf die Selbstheilungskräfte des Marktes wurden umfangreiche Konjunkturprogramme aufgelegt. Diese expansive Finanzpolitik wurde durch eine unkonventionelle Geld- und Liquiditätspolitik der großen Notenbanken unterstützt, die den drohenden Zusammenbruch des Interbankenmarktes verhinderten und insgesamt für niedrige Zinsen sorgten. Damit gelang 2010 eine erstaunlich schnelle und kräftige konjunkturelle Erholung. Die Weltwirtschaft wuchs real um fünf Prozent und das Wirtschaftswachstum in Deutschland legte um 3,6 Prozent zu. Dieses durchaus kräftige Wachstum war in Deutschland nach dem realen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 um 4,7 Prozent nur möglich, weil unter dem Druck der Rezession richtigerweise vielfältige expansive Maßnahmen umgesetzt wurden.

Damit bestätigte sich, dass eine schon immer von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* geforderte expansive Finanz- und Geldpolitik – auch unter dem Regime der heutigen Globalisierung – der richtige Weg zur Bekämpfung von wirtschaftlichen Krisen ist. Kaum aber gibt es Erholungstendenzen, fällt die Welt – und speziell die schwarz-gelbe Bundesregierung in Deutschland – in alte neoliberale Denkmuster zurück. Unterstützt wird dies von der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft. Nachdem sie nicht in der Lage war, im Vorhinein auch nur leisesten Anzeichen einer sich zusammenbrauenden Krise zu erkennen, hat sie offensichtlich auch nicht aus ihr gelernt. Die Rezepte der Mainstream-Ökonomie bleiben die alten: Rückbau des Staates über eine Austeritätspolitik, weitere Beschneidung der Sozialleistungen, Senkung der Steuern für Leistungsträger, Fortsetzung der Politik der Lohnzurückhaltung. Die herrschende Politik folgte diesen Empfehlungen willig und setzt damit weiter auf eine Umverteilung von unten nach oben, also groteskerweise auf genau die Politik, die in die Krise geführt hat. Vor allem die deutsche rechts-liberale Bundesregierung protegiert wieder eine aggressive Exportorientierung, was allerdings bei den Vorgängerregierungen nicht

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

anders war. Wie schon vor der Krise will die herrschende Politik die auf eine „gespaltene Konjunktur“ in Deutschland hinausgelaufene verhängnisvolle Wirtschaftspolitik offensichtlich weiter betreiben. Mit niedrigen Lohnabschlüssen unterhalb des verteilungsneutralen Spielraums (Produktivitäts- plus Inflationsrate) würden die Besitzeinkommensbezieherinnen und -bezieher weiter zulasten der Arbeitnehmerentgelte bereichert. Gleichzeitig soll der dadurch entstehende binnenwirtschaftliche Kaufkraft- und Nachfrageverlust durch Exportüberschüsse kompensiert werden. Damit wird auch zukünftig die binnenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nur schwach ausfallen; gleichzeitig drohen die internationalen Ungleichgewichte wieder größer zu werden. Von der Politik wurde die einfache Tatsache offensichtlich immer noch nicht begriffen, dass die hohen deutschen Exportüberschüsse automatisch die Defizite in den Leistungsbilanzen anderer Länder erzwingen und durch Kapitalimporte deren Verschuldung erhöhen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* kritisiert diesen wieder eingeschlagenen neoliberalen wirtschaftspolitischen Kurs. Er missachtet nicht nur die Lehren aus der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern verschärft auch das aus der Tagespolitik weitgehend verschwundene Problem der schwerwiegenden ökologischen Krise, das gleichwohl immer drängender wird.

1. Ende der Krise?

Überraschend kippte die wirtschaftliche Stimmung Ende 2010 geradezu in Euphorie um, obwohl 2009 die schwerste Krise seit dem Ende der großen Depression vorausgegangen war. Der amtierende Wirtschaftsminister Brüderle spricht sogar von einem Wirtschaftswunder in Deutschland, einem „XXL-Boom“, der mit einem Jobwunder einhergehe. Tatsächlich sieht die Situation aber nur für die Kapitaleignerinnen und -eigner rosig aus. 2010 war für sie schon wieder ein exzellentes Gewinnjahr. Der Nettogewinn (Gewinn nach Steuern) der 30 DAX-Konzerne (darunter auch einige Banken) lag bei 63 Milliarden Euro. Davon werden die Konzerne etwa 25 Milliarden Euro an ihre Eignerinnen und Eigner ausschütten. In der Tat ist die Krise ganz anders verlaufen als allgemein prognostiziert. Nach dem für Deutschland beispiellosen Einbruch der realen

Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 um 4,7 Prozent war mit einem massiven Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit, geringeren Arbeitseinkommen und drastisch steigenden sozialen Ausgaben gerechnet worden. Bei der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit wurde mit einem Anstieg auf fünf oder mehr Millionen Arbeitslose gerechnet. Aus der Luft gegriffen waren diese Zahlen nicht: Für ein um 4,7 Prozent geschrumpftes Bruttoinlandsprodukt wären bei unveränderter Produktivität und Arbeitszeit rechnerisch knapp zwei Millionen Arbeitskräfte weniger benötigt worden. Dann wäre die registrierte Arbeitslosigkeit in der Tat von 3,3 Millionen Personen im Jahr 2008 auf über fünf Millionen gestiegen. Dass es dazu nicht gekommen ist, ist allerdings alles andere als ein Wunder, sondern im Wesentlichen dem Einsatz bewährter, zwischenzeitlich allerdings verfeilter wirtschaftspolitischer Instrumente zu verdanken: der Umsetzung einer zeitlich befristeten Arbeitszeitverkürzung in Form einer massiven Ausweitung der Kurzarbeit sowie dem Abbau von Arbeitszeitkonten.

Während die Arbeitszeitverkürzung den drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise verhindert hat, haben die Konjunkturprogramme ihren Beitrag zum schnell wieder einsetzenden und in seiner Höhe unerwarteten Wachstum geleistet und auf diese Weise den Arbeitsmarkt weiter stabilisiert. Angesichts des unerwartet schnellen und starken Umschwenkens der Wirtschaft vom Schrumpfungs- in den Wachstumsmodus korrigierten praktisch alle Institute ihre Prognosen beständig nach oben. Inzwischen wird für 2011 allgemein ein Wachstum zwischen zwei und drei Prozent prognostiziert.

Wunderland Deutschland?

Sprechen die ökonomischen Fakten tatsächlich für eine nachhaltige Überwindung der Krise, ein anhaltendes Wachstum und Vollbeschäftigung in absehbarer Zeit? Oder handelt es sich lediglich um durchsichtigen Zweckoptimismus von Politikerinnen und Politikern in Regierungsverantwortung und ihnen ideologisch nahestehenden Wirtschaftsforschungsinstituten altbekannter neoliberaler Ausrichtung? Tatsache ist, dass hinter der Aufschwungseuphorie die alte Politik, die diese Krise erst ermöglicht und heraufbeschworen hat, konsequent weiterbetrieben wird.

Die starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft spielte sowohl für den Absturz 2009 als auch für die schnelle Erholung nach der

Krise eine wesentliche Rolle. Der Außenhandelsüberschuss (Exporte minus Importe) war zwischen 2000 und 2008 von gerade einmal sieben Milliarden Euro auf 156 Milliarden Euro hochgeschwungen. Bis zur Krise waren Exportüberschüsse der zentrale Wachstumsmotor. Die Kehrseite dieser Entwicklung war die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage.

Deshalb wurde die exportgetriebene deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise auch besonders stark getroffen. Die Wirtschaft schrumpfte fast doppelt so stark wie beispielsweise in Frankreich oder den USA. In beiden Ländern hat der Binnenmarkt eine höhere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung als in Deutschland, wo innerhalb von gerade einmal sechs Monaten die monatlichen Warenausfuhren von deutlich über 80 Milliarden Euro im Herbst 2008 auf nur noch knapp über 60 Milliarden Euro im Frühjahr 2009 abstürzten. Im selben Zeitraum sank das deutsche Bruttoinlandsprodukt um fast sechs Prozent.

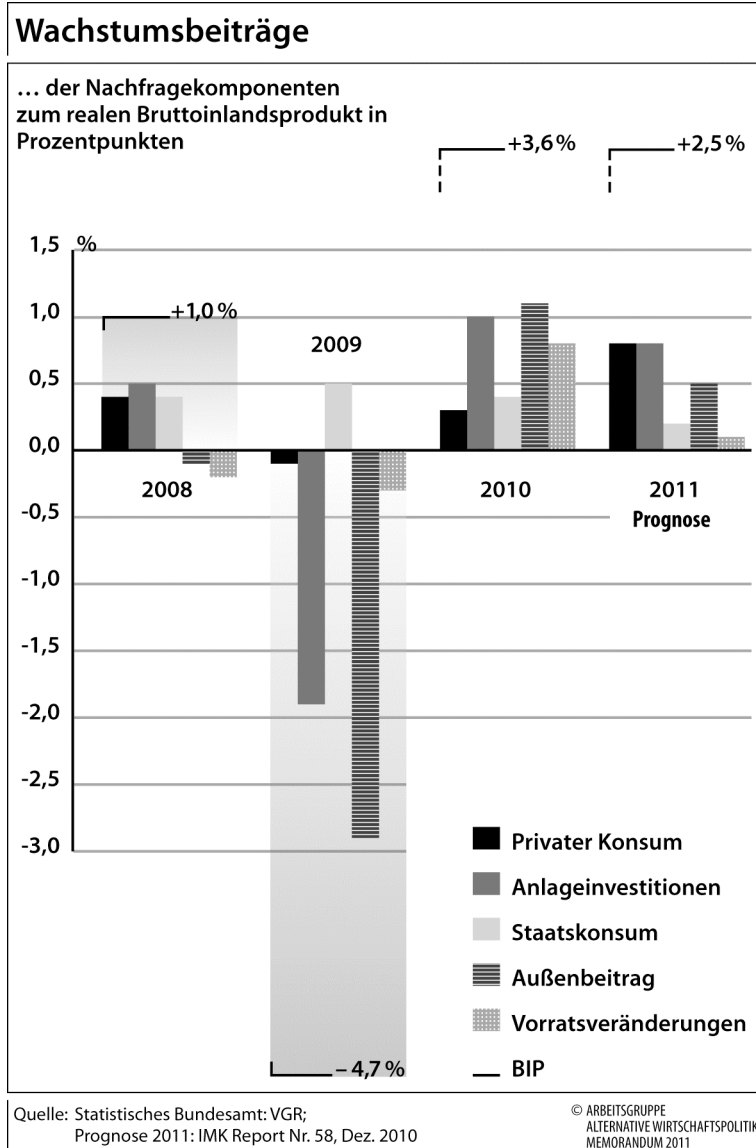
Aufgrund des massiven Absturzes – und gleichzeitig die dramatischen Bilder der Weltwirtschaftskrise ab Ende der 1920er Jahre vor Augen – reagierten die Regierungen der betroffenen Länder mit umfangreichen, bislang nicht praktizierten Konjunkturprogrammen. Auch die deutsche Regierung, die bislang solche staatlichen Programme als wirkungslose „Strohfeuer“ kategorisch abgelehnt hatte, stellte für zwei Konjunkturpakete insgesamt gut 60 Milliarden Euro für die Jahre 2009 und 2010 bereit.

Im Vergleich zu den Konjunkturprogrammen anderer Länder – vor allem in den USA und China – waren die deutschen Programme jedoch vergleichsweise klein. Gemessen an der Wirtschaftsleistung stellte Deutschland gerade einmal knapp 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bereit, in den USA waren es rund sieben Prozent, in China etwa 14 Prozent. Weltweit wurden nach Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) insgesamt rund

drei Billionen Dollar an staatlichen Hilfen zur Verfügung gestellt. Dies war auch der Grund, warum sich die Weltwirtschaft viel schneller als erwartet erholte. Als Exportnation profitierte Deutschland hiervon in besonderem Maße.

Mit der Krisenüberwindung wurde unbeabsichtigt ein bleibendes Exempel statuiert: Konjunkturprogramme entfachen keine wirkungslosen Strohfeuer, sondern sind im Gegenteil wirkmächtige Instrumente einer krisenbekämpfenden Wirtschaftspolitik! Gleiches gilt für die Arbeitszeitverkürzung. Auch dieses Mittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit war im Unterschied zu den 1960er und 1970er Jahren zunehmend als untauglich hingestellt worden. Neoliberale Ökonomen wie auch die Regierungen der letzten Jahre propagierten sogar die Notwendigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeiten.

Ein Schritt dazu war die Rente ab 67. Zugleich erhöhten sich die effektiven Wochenarbeitszei-



ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

ten bei Vollzeitbeschäftigten. Das in der Krise massiv eingesetzte Instrument der Kurzarbeit hat jedoch gezeigt, dass Arbeitszeitverkürzung sehr wohl ein wirksames Mittel ist, um die vorhandene Arbeit besser zu verteilen und so einen Anstieg der Arbeitslosigkeit weitgehend zu verhindern.

Schon wieder: exportgetriebenes Wachstum

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung wuchsen ab Mai 2009 die deutschen Exporte in atemberaubendem Tempo. Bereits im Juni 2010 wurde das Vorkrisenniveau bei den monatlichen Exporten wieder erreicht. Entsprechend war der Außenhandel nach den ersten vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes unmittelbar für 1,1 Prozentpunkte des Wachstums im Jahr 2010 verantwortlich. Nach einem krisenbedingt unterbliebenen Auffüllen der Warenlager im Jahr 2009 wurden sie 2010 wieder aufgestockt und trugen weitere 0,8 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Da sich Lagerauf- und -abbau im Zeitverlauf ausgleichen, handelt es sich hierbei jedoch ebenfalls um einen einmaligen Sondereffekt. 0,3 Prozentpunkte resultierten aus dem Wiederanstieg der Ausrüstungsinvestitionen. Dieses Comeback der Ausrüstungen ist jedoch besonderen, nicht dauerhaften Ursachen geschuldet: Hierzu gehören erstens die starke Exportnachfrage, zweitens die günstigen Abschreibungsbedingungen – die 2010 allerdings ausliefen – und drittens die Tatsache, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Vorjahr so stark wie nie zurückgenommen worden waren und mit Blick auf die deutlich bessere Entwicklung eine Kompensation notwendig war.

Der Staat trug mit seinem Konsum im Jahr 2010 noch 0,4 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Der Faktor aber, der aufgrund seiner großen Bedeutung hauptsächlich das Wachstum tragen müsste, hat auch 2010 – wie schon in der Vorkrisenzeit – praktisch kaum etwas beigetragen: der private Konsum nämlich. Mit 0,3 Prozentpunkten war sein Wachstumsbeitrag 2010 so schwach wie in der Zeit vor der Krise.

Vor diesem Hintergrund zeugt die Einschätzung, Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung sei beispielhaft, weil das Nachkrisenwachstum nun „fest auf zwei Beinen“ stehe – so Wirtschaftsminister Brüderles Kommentar anlässlich der Bekanntgabe der Exportzahlen für 2010 – von tiefer Unkenntnis der Grundbedingungen wirtschaftlichen Wachstums. Ohne den erneut gestiegenen Exportüberschuss und den

Sondereffekt „Vorratsveränderungen“ wäre das Wachstum im Jahr 2010 allenfalls halb so stark ausgefallen. Und der Anstieg des Exportüberschusses ist das Gegenteil eines „soliden“ Wachstumsfaktors: Wenn er genauso hoch ist wie im Vorjahr, trägt er nichts zum Wachstum bei. Nur wenn er – also der Überschuss – im Vergleich zum Vorjahr steigt, schiebt er das Wachstum nach oben.

Laufend steigende Exportüberschüsse sind zudem nur zum Preis sich verschärfender internationaler Ungleichgewichte möglich. Denn Überschüsse eines Landes bedingen bekanntlich automatisch Defizite in den Leistungsbilanzen (und damit eine wachsende Verschuldung) anderer Ländern. Damit ist die nächste internationale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise vorprogrammiert.

Wirtschaftliche Erholung mit hohen Risiken

Die Alternative zu einem vorrangig exportgetriebenen Wachstum ist der Umschwung hin zu einer binnenmarktgetriebenen Entwicklung. Die Aussichten für eine derartige Kehrtwende sind für 2011 und auch darüber hinaus ungünstig. Im Jahr 2010 wurden Staatskonsum und Anlageinvestitionen noch von den Konjunkturprogrammen angeschoben. Ab 2011 laufen diese aus, und es greifen die beschlossenen „Sparmaßnahmen“ vor allem des Bundes, aber zunehmend auch der Länder und Gemeinden. Es ist absehbar, dass sich zusammen mit der Anhebung der Beitragssätze zur gesetzlichen Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie den geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen absehbar eine zunehmende Bremswirkung in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung ergibt.

Ob dann vermehrt private Investitionen einen nennenswerten und vor allem einen dauerhaften Beitrag zum Wachstum liefern können, erscheint fraglich. Denn private Investitionen – vor allem Erweiterungsinvestitionen – werden nur dann getätigt, wenn die Nachfrage steigt. Um ihre optimistischen Wachstumsprognosen zu begründen, unterstellen alle Prognosen gewissermaßen eine Wiedergeburt des privaten Konsums. Dieser soll fast die Hälfte des prognostizierten Wachstums von zwei bis drei Prozent tragen. Ein breiter Konsens herrscht nämlich darüber, dass vom Außenhandel nur noch geringe Wachstumseffekte ausgehen werden, da die weltweit auslaufenden Konjunkturprogramme und die massiven Sparanstrengungen in praktisch allen europäischen Ländern

dem Export Grenzen setzen. Darauf deutet bereits hin, dass die Wareneinfuhren je Monat nach dem rasanten Zurückfedern auf das Vorkrisenniveau seit Sommer 2010 auf hohem Niveau stagnieren.

Vom Staat ist keine Kompensation zu erwarten – im Gegenteil. Der „Schuldenbremse“ und der durch sie ausgelösten Politik ist es zu verdanken, dass er zukünftig für das Wachstum kaum noch eine positive Rolle spielen wird. Angesichts der verheerenden Sparpolitik droht diesbezüglich sogar eine dämpfende Wirkung. Der Staat könnte nur dann erneut zu einem deutlichen Wachstumstreiber werden, wenn er die Ausgabenbremse wieder lösen würde. Voraussetzung dafür wäre jedoch, dass er trotz der jetzt im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ seinen fiskalischen Handlungsspielraum wiederherstellt. Dazu wären allerdings deutlich höhere Steuereinnahmen durch eine stärkere Besteuerung von Vermögenden, Spitzenverdienerinnen und -verdienern, reichen Erben und Unternehmen unumgänglich. Dies ist unter der gegenwärtigen schwarz-gelben Regierung jedoch nicht zu erwarten.

Achillesferse privater Konsum

Wie der Konsum 2011 und vor allem darüber hinaus zum großen Wachstumstreiber in Deutschland werden soll, bleibt vor dem Hintergrund der derzeitigen Rahmenbedingungen ein ökonomisches Rätsel. Ohne kräftig steigende Masseneinkommen, die sich aus den Nettolöhnen und -gehältern plus den Sozialleistungen zusammensetzen, kann es dauerhaft keinen das Wachstum tragenden und treibenden Schub beim privaten Konsum geben. Und hier stimmen die Prognosen wenig hoffnungsfroh: Die Gemeinschaftsdiagnose geht für 2011 sogar von einem realen Rückgang um 0,2 Prozent aus. Ursache hierfür sind neben dem prognostizierten schwachen Einkommensanstieg vor allem die steigenden Beitragssätze zur Arbeitslosen- und zur Krankenversicherung bei gleichzeitig sinkenden Sozialausgaben. Der prognostizierte Wachstumsbeitrag des privaten Konsums in Höhe von 0,8 Prozentpunkten für 2011 müsste sich also entweder aus den Ersparnissen speisen (was aber eine wieder sinkende Sparquote voraussetzen würde), aus den Gewinnen und Vermögenseinkommen oder aus zusätzlichen Einkommen im Zuge weiterer Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt. Bislang wurden zusätzliche Arbeitsplätze aber fast ausschließlich in der schlecht bezahlten Leiharbeit geschaffen. Dies

begrenzt den Einkommenseffekt deutlich. Zudem verdunkelt sich die Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bereits wieder.

Steigende Ersparnisse bei stagnierenden realen Masseneinkommen könnten im Gegenteil zu einem wieder sinkenden privaten Konsum beitragen, womit dann vom privaten Konsum wie schon 2002, 2007 und 2009 wieder ein negativer Wachstumsimpuls ausgehen würde. Da darunter auch die Importnachfrage leiden würde, drohte sogar ein sich wieder ausweitender Leistungsbilanzüberschuss, selbst wenn die Exporte stagnieren oder sogar zurückgehen. Eine Kompensation der Binnennachfrage durch stark steigende Gewinn- und Vermögenseinkommen ist auch nicht zu erwarten. Denn eine Gesetzmäßigkeit bestätigt sich immer wieder: Mit steigenden Einkommen wächst die Sparneigung überproportional, sodass aus der Umverteilung von den Massen- zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen eine insgesamt steigende Sparquote bzw. eine sinkende Konsumquote resultiert.

2. Sozial-ökologisches Wachstum braucht steigende Arbeitseinkommen

Nichts deutet bisher darauf hin, dass die Regierung von ihrer grundsätzlichen Haltung, über Lohnzurückhaltung Arbeitsplätze schaffen zu wollen, Abstand nehmen wird. Von einer notwendigen Abkehr von neoliberalen Konzepten war bereits kurz nach der Krise keine Rede mehr. Selbst ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als absolute Einkommensuntergrenze oder die gleiche Bezahlung von Beschäftigten in der Leiharbeit („Equal Pay“) wird nach wie vor von den politisch Verantwortlichen abgelehnt. Es ist sogar damit zu rechnen, dass seitens der Regierung über kurz oder lang erneut zur lohnpolitischen Mäßigung „mit Rücksicht auf die Beschäftigung“ aufgerufen wird. Insbesondere dann, wenn sich zeigt, dass Hoffnungen auf einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit sich als naiv herausstellen.

Auf die in der Vergangenheit bemerkenswerte Missachtung des engen Zusammenhangs zwischen Arbeitseinkommen und privater Konsumnachfrage hat die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* immer wieder hingewiesen. Deshalb plädiert sie seit langem für deutliche Lohnsteigerungen, die zu einem Wiederanstieg der seit 2000 abgestürzten Lohnquote beitragen würden. Allerdings hallte ihr dabei ein Chor

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

von Behauptungen entgegen, wonach Lohnsteigerungen Arbeitsplätze gefährdeten. Arbeitgeberverbände wurden hier nicht nur massiv durch die Medien unterstützt, sondern auch durch die Regierungen von Schröder bis Merkel. Dieses neoliberale Powerplay hat Beschäftigte zweifellos verunsichert, in der Angst um ihren Arbeitsplatz die Kampfbereitschaft geschwächt und es damit den Gewerkschaften zusätzlich erschwert, ihre Lohnforderungen durchzusetzen.

Damit aber nicht genug: Viel direktere Auswirkungen hatten und haben die Arbeitsmarkt-reformen im Zuge der Umsetzung der Hartz-Gesetze. Diese haben dazu beigetragen, dass die Lohndrift – also die Kluft zwischen den tariflichen und den effektiven Einkommen – tendenziell immer größer geworden ist. Erklärtes Ziel war es, Arbeitslose um buchstäblich jeden Preis in einen Job zu bekommen. Dazu wurden Zumutbarkeitsregelungen weitgehend außer Kraft gesetzt, Leiharbeit entgrenzt sowie Billigjobs und Leiharbeit gefördert.

In der Folge weitete sich der Niedriglohnsektor immer weiter aus. Arbeitslosigkeit führt als Folge der im Rahmen der Agenda 2010 umgesetzten Arbeitsmarkt-reformen zunehmend dazu, dass auch Beschäftigte, die sich vormals in einem Normalarbeitsverhältnis mit guten Einkommen befunden hatten, sich schnell in schlechter bezahlten, zum Teil sogar prekären Beschäftigungsverhältnissen wiederfinden. Die drohende Streichung von Lohnersatzleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) zwingt Arbeitslose dazu, prekäre Jobs anzunehmen. Zunehmend sind Menschen offensichtlich auch bereit, unzumutbare Arbeitsbedingungen hinzunehmen, um nicht dem repressiven System der Hartz-Gesetze ausgesetzt zu werden.

Inzwischen arbeiten über 6,5 Millionen abhängig Beschäftigte oder jede und jeder fünfte für Niedriglöhne und damit unter der von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohnhöhe von 8,50 Euro pro Stunde. Gut eine Million Beschäftigte verdienen sogar weniger als fünf Euro brutto die Stunde.

Die Konsequenzen dieser von Arbeitgebern und vielen neoliberalen Ökonominen und Ökonomen geforderten, politisch gewollten und von den Medien publizistisch breit unterstützten Entwicklung sind dramatisch. Nie zuvor gab es in Deutschland eine derartige Auseinanderentwicklung von Arbeitseinkommen auf der einen und Gewinn- und Vermögenseinkommen auf der anderen Seite. Seit über zehn Jahren sta-

gnieren die realen Arbeitnehmerentgelte, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in diesem Zeitraum geradezu explodierten.

Nach der Einkommensprognose der Regierung wird sich diese Entwicklung fortsetzen: Danach werden die realen Arbeitnehmerentgelte auch 2011 noch unter dem Niveau des Jahres 2000 liegen. Ganz anders die Prognose des Verlaufs bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen: Vom Jahr 2000 bis zur Krise hatten sie real um knapp 40 Prozent zugelegt. Der erfolgte Einbruch in der Krise wird der Prognose zufolge aber bereits 2011 fast wieder ausgeglichen sein.

Dabei war die in der Vergangenheit erfolgte Umverteilung von den Arbeitseinkommen zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen bereits dramatisch: Zwischen 2000 und 2010 kam es bei den primären marktbezogenen Brutto-Unternehmer- und Bruttovermögenseinkommen zu einem Anstieg um 51 Prozent, während die Arbeitnehmerentgelte nur um 14 Prozent zulegten. Hinter diesen Prozentzahlen verbirgt sich eine enorme absolute Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen: Von 2000 bis 2010 waren dies insgesamt 789 Milliarden Euro.

Statt durch eine Zurücknahme der Arbeitsmarktgesetze dazu beizutragen, dass dieser verhängnisvollen Entwicklung kein weiterer Vorschub durch politische Rahmenbedingungen geleistet wird, sondern eine weitere Umverteilung von unten nach oben verhindert wird, will die Bundesregierung sie offensichtlich einfach hinnehmen. Damit droht der erforderliche Kurswechsel hin zu einer binnenmarktgetriebenen Entwicklung verhindert und die verhängnisvolle Exportabhängigkeit zementiert zu werden. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Entwicklungen, die einen sich selbst tragenden Aufschwung auslösen könnten, derzeit nicht erkennbar sind. Vieles spricht sogar dafür, dass die konjunkturelle Entwicklung im Verlauf des Jahres deutlich schwächer werden wird. Für 2012 und die folgenden Jahre kann bei fortgesetzter Einsparpolitik und einer anhaltenden Abhängigkeit von hohen Exporten ein Abschwung oder sogar eine Rezession nicht ausgeschlossen werden.

3. Kein Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt

Es ist erstaunlich, mit welcher Intensität die Bundesregierung nach der angeblich überstandenen Krise ein „Beschäftigungswunder“ auf den Arbeitsmärkten propagiert. Fakt ist: Vor, während und nach der Krise bestand und besteht in Deutschland Massenarbeitslosigkeit. Eine Tendenz zur Vollbeschäftigung ist nicht erkennbar. Seit der Krise 1980/81 lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit Ausnahme des Jahres 1990 immer über zwei Millionen. So entstand eine strukturell verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit.

Marktprozesse führen eben nicht automatisch zu einer vollbeschäftigten Wirtschaft. Für die langfristig bestehende Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ist der bereits seit den 1960er Jahren in Relation zum realen Wirtschaftswachstum höher ausfallende Produktivitätsfortschritt die entscheidende Ursache. Daran wird auch die demografische Entwicklung wenig ändern. Sie führt zwar über eine Abnahme des Arbeitsangebots zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Diese Effekte sind in geringem Umfang heute schon spürbar, und sie werden noch zunehmen. Geht man von realistischen Annahmen aus, dann führt dies allerdings selbst bis 2025 nicht zu einem Verschwinden der Massenarbeitslosigkeit. Es bleibt eine millionenfache Beschäftigungslücke.

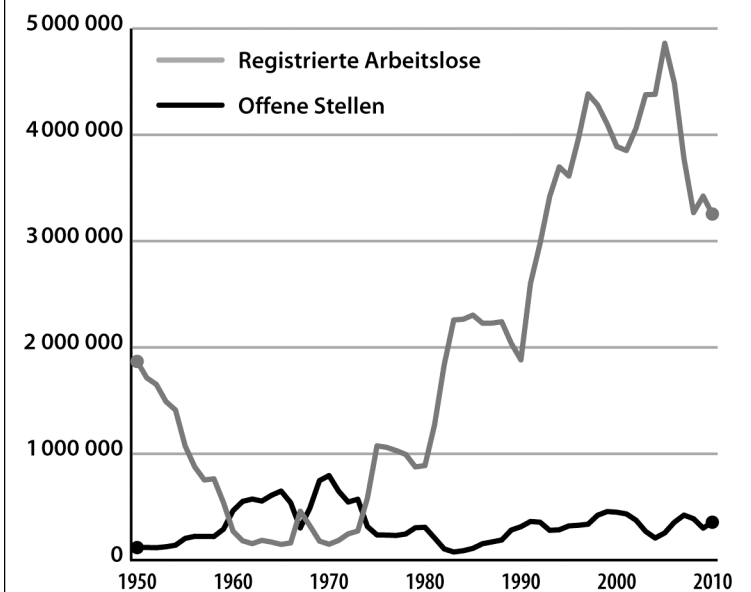
Richtig ist, dass die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Angeblich ist der auf der „Agenda 2010“ basierende radikale Wechsel in der Arbeitsmarktpolitik dafür verantwortlich. Dies ist aber nicht richtig. Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit und der Anstieg der Beschäftigung in den letzten Jahren erklären sich durch Formen der Arbeitszeitverkürzung, die äußerst prekär sind: Teilzeitarbeit und Minijobs haben massiv zugenommen, sodass das nachgefragte Arbeitsvolumen auf mehr Personen verteilt wurde und wird.

Konjunkturelle Erholung 2010

Mit Blick auf das Krisenjahr 2009 ist man allerdings in der Tat geneigt, von einem „Beschäftigungswunder“ zu sprechen. Vor dem

Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

in Deutschland, 1950 bis 2010 (bis 1990 früheres Bundesgebiet)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

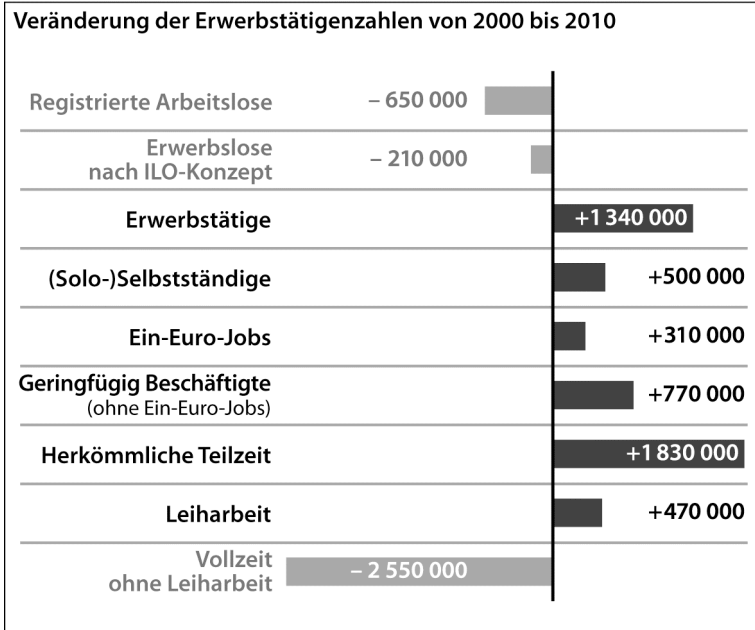
© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2011

Hintergrund des starken Rückgangs des realen Bruttoinlandsprodukts um 4,7 Prozent hätte es zu einem Verlust in Höhe von rechnerisch rund zwei Millionen Arbeitsplätzen kommen müssen. Dies wäre für den deutschen Arbeitsmarkt in Anbetracht der bereits bestehenden Massenarbeitslosigkeit eine Katastrophe gewesen. Die vorübergehende Arbeitszeitverkürzung hat die Krisenfolgen größtenteils abgefangen. Sie hat aber nicht die weiter bestehende Massenarbeitslosigkeit beseitigt.

Das kräftige Wachstum im vergangenen Jahr in Höhe von 3,6 Prozent hat auch zu einem leichten Rückgang der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit geführt. Mit einer Vollbeschäftigungssituation oder einer absehbaren Tendenz dazu hat diese leichte konjunkturelle Belebung rein gar nichts zu tun. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist im Jahresdurchschnitt um knapp 180.000 auf 3,24 Millionen gesunken. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen, ist von 9,1 Prozent auf 8,6 Prozent geschrumpft. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland erheblich höher als im Westen. Lag sie in Westdeutschland bei 7,4 Prozent, so waren es in den neuen Ländern 13,4 Prozent. Wie katastrophal die Arbeitsmarktlage weiterhin ist, zeigt sich darin, dass rein rechnerisch etwa zehn Arbeitslose auf eine offene, sozialversicherungspflichtige Stelle kommen.

Der relativ geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit liegt auch darin begründet, dass die krisen-

Mehr Beschäftigung – aber was für welche?



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, auf 10.000 gerundet (Stand Februar 2011)

© ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK MEMORANDUM 2011

bedingten Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung zurückgefahren werden. Nach ersten Schätzungen des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer um knapp zwei Prozent. Zudem bildet die offizielle Arbeitslosenstatistik nach diversen Umstellungen bekanntlich nur noch einen Teil der Beschäftigungsmisere ab. Nach der Definition der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* betrug die gesamte Beschäftigungslücke 2010 etwa 4,9 Millionen Personen.

Gespensterdebatte Fachkräftemangel

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom November 2010 kommt mit Blick auf die Lohnentwicklung und die offiziellen Arbeitslosenzahlen zu dem Ergebnis, dass ein Fachkräftemangel kurzfristig nicht in Sicht ist. Bei der Lohnentwicklung wird darauf hingewiesen, dass bei tatsächlich vorhandenem Mangel an Facharbeiterinnen und Facharbeitern ein Anziehen der Löhne zu beobachten sein müsste. Tatsächlich sind die Löhne bei den Fachkräften im zweiten Quartal 2010 um 0,4 Prozent gestiegen. Aber diese Entwicklung ist nicht besser als bei den übrigen Beschäftigten. In einigen Bereichen ist die Entwicklung sogar schlechter: Die Arbeitslosigkeit in allen betrachteten Fachkräfteberufen stieg durch die Wirtschaftskrise 2008 sogar kräftig an. Sie ist mittlerweile zwar wieder zurückgegangen, bewegt sich aber in nahezu allen Beru-

fen noch deutlich über dem Vorkrisenniveau und ist somit keineswegs als Indikator für einen nicht zu deckenden Bedarf in den Unternehmen heranzuziehen.

Aufschwung der Leiharbeit

Ein wichtiger Faktor der Prekarisierung ist die zunehmende Verbreitung von Leiharbeit. Mit dem kräftigen Wachstum im letzten Jahr boomte sie in bisher nicht gekannter Weise. Im Juni 2010 zählte die Bundesagentur für Arbeit 806.000 Beschäftigte bei Verleihbetrieben, das waren 200.000 mehr als im Sommer 2009. Nach Erhebungen des Bundesverband Zeitarbeit (BZA) erreichte die Leiharbeit im November 2010 mit 900.000 einen absoluten Höchststand in der

Geschichte der Bundesrepublik. Die Einkommensnachteile von Leiharbeitskräften sind enorm. Das mittlere Monatseinkommen von vollzeitbeschäftigten Leiharbeitskräften lag in Westdeutschland bei gerade einmal 1.456 Euro brutto, in Ostdeutschland sogar nur bei 1.224 Euro. Jede fünfte vollzeitbeschäftigte Leiharbeitskraft verdiente in Ostdeutschland unter 1.000 Euro im Monat, aber nur knapp jede zehnte über 2.000 Euro. Doch auch deutschlandweit war die größte Einkommensgruppe diejenige mit einem Verdienst von 1.000 bis 1.200 Euro im Monat. Die Einkommen von vollzeitbeschäftigten Leiharbeitskräften liegen in Westdeutschland 48 Prozent unter dem Durchschnitt von allen Vollzeitbeschäftigten. Bei solchen Löhnen wundert es nicht, dass Leiharbeitskräfte einem besonders hohen Armutsrisiko unterliegen. Im Juni 2010 waren etwa 95.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Leiharbeitskräfte (Vollzeit und Teilzeit) auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Neben den massiven Einkommensverlusten bei den Betroffenen ist es ein Skandal, wie der Staat auf diese Weise Armutslohne in der Leiharbeit noch massiv subventioniert.

4. Banken machen weiter, was sie wollen

Die globale Finanzkrise hat nur kurz zu einem Umdenken bei den Regierungen geführt. So

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

verabredeten die Staats- und Regierungschefs der G20 auf ihrem Gipfel im April 2009 in London eine lange Reihe wichtiger Finanzreformen. Auch in der EU nahm man sich viel vor. Nie wieder dürfe ein Staat von einer Bank erpresst werden können, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Daher müssten in Zukunft endlich alle Akteure auf den Finanzmärkten unter Aufsicht gestellt werden. Heute ist von alledem nur noch wenig übrig geblieben.

Weder wurden die Steueroasen wirklich ausgetrocknet, noch kam es zu einer Regulierung des Schattenbankensystems aus Hedge-Fonds, Private-Equity-Fonds und anderen großen Investmentfonds. Das Finanzkasino bleibt geöffnet. Die „härteren“ Eigenkapitalregeln („Basel III“) für Banken wurden umso weicher, je länger sich die Verhandlungen in Basel hinzogen. Inzwischen werden sie auf EU-Ebene weiter verwässert. Die so genannte Kerneigenkapitalquote für ausgereichte Kredite wird zwar von zwei Prozent bis 2019 schrittweise auf sieben Prozent angehoben; zudem dürfen Banken nur noch das Eigenkapital zählen, das auch wirklich zur Deckung von Verlusten taugt. Dies wird aber für die Banken keineswegs ausreichen, um zukünftige Krisen ohne Staatshilfen zu überstehen, geschweige denn zu verhindern. Die Regulierung der Rating-Agenturen erschöpft sich bisher weitgehend in einer Registrierungspflicht und unkonkreten Transparenzvorschriften. Die gesetzliche Regelung zum Selbstbehalt bei Verbriefungen geht kaum über das hinaus, was die Banken ohnehin bereits praktizieren. Das Bankenrestrukturierungsgesetz ist in weiten Teilen unpraktikabel und bietet keine Gewähr für ein geordnetes Insolvenzverfahren – schon gar nicht für den Fall, dass eine Großbank ins Wanken gerät. Als sei nichts gewesen, haben die rhetorisch viel geschmähten Bonuszahlungen der „Bankster“ (Franklin D. Roosevelt) nie aufgehört zu fließen. Trotz des Beinahezusammenbruchs des gesamten Finanzsystems konnten sich die Investmentbanker weiter bereichern. So schüttete allein die vom Staat gerettete Hypo Real Estate für das Krisenjahr 2009, in dem sich die Verluste auf 2,2 Milliarden Euro addierten, 25 Millionen Euro an Bonuszahlungen aus. Dafür konnten Banken ihre „toxischen“ Wertpapiere und faulen Kredite, die sie sich zuvor durch verbrieft Kredite von anderen Banken als Subprime-Hypotheken u. a. in ihre Bilanzen „geholt“ hatten, in einer staatlich finanzierten „Bad Bank“ abladen. Auf diese Weise waren sie in der Lage, sich auf einen

Schlag aller echten oder möglichen Verluste zu entledigen und eine neue Runde gewinnbringender Geschäfte zu starten. Die Risiken liegen jetzt beim Staat und müssen in dem Maße, wie sie zukünftig zu echten Verlusten führen, von den Steuerzahlenden getragen werden. Präziser kann man die Sozialisierung von Verlusten kaum umsetzen. Diese Entwicklung zeigt wie dringend es ist, endlich gesetzlich zu regeln, dass die Banken zukünftig ihre in den Bilanzen verschleierten und in Zweckgesellschaften oder „Bad Banks“ ausgegliederten Verluste schonungslos offenlegen und nach und nach wertberichtigten müssen. Reicht dabei die Eigenkapitalbasis nicht aus, müssen Banken – wie jedes andere Unternehmen auch – in Insolvenz gehen können. Wird allerdings bei Insolvenz einer „systemrelevanten Bank“ das ganze Finanzsystem bedroht, so stehen zuvorderst die Eigentümer und Gläubiger und danach die Gemeinschaft der Banken in der Pflicht, die damit verbundenen Gefahren abzuwenden. Erst wenn auch dies nachweislich nicht möglich ist, muss der Staat die Bank durch eine Rekapitalisierung in öffentliches Eigentum überführen und danach vergesellschaften oder vom Markt nehmen. Zukünftig ist auch die Handelbarkeit von Krediten zu verbieten, mindestens aber sehr stark einzuschränken. Das alles reicht jedoch nicht aus – das gesamte Bankensystem muss umgebaut werden. Zur Beschneidung der unerträglich gewordenen Macht der Banken müssen diese auf ihre Kernfunktionen, d. h. a) die Organisation des Zahlungsverkehrs, b) das Einlagengeschäft zur einfachen und sicheren Ersparnisbildung und c) die Finanzierung gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoller öffentlicher und privater Investitionen zurechtgestutzt werden.

Bislang spiegelt sich der strukturkonservierende Charakter der angegangenen Reformen auch darin wider, dass am extremen Geschlechterverhältnis bei Aufsichtsratsmandaten und Vorstandspositionen festgehalten wird. Männer dominieren nach wie vor die relevanten Entscheidungsprozesse. Parallel dazu ist eine grundlegende demokratische Einbettung der Geldinstitute in ihr ökonomisches und gesellschaftliches Umfeld von Nöten. Eine solche Entwicklung würde unterstützt und gefördert, wenn dafür der notwendige internationale Rahmen geschaffen würde. Dazu zählen die Schließung der weltweiten Steueroasen und ein Verbot von Hedge-Fonds sowie eine schärfere Kontrolle von Private-Equity-Fonds, bei denen

es ebenfalls zu einem Verbot hoher Verschuldungen über einen Leverage-Effekt bei hochspekulativen Deals kommen muss. Außerdem sind besonders komplexe Derivate und ungedeckte Leerverkäufe derartiger „Wert“papiere vollständig zu untersagen. Die Schaffung dreier grenzüberschreitender staatlicher Behörden zur Beaufsichtigung der Banken, Versicherungen und des Wertpapierhandels sowie die Einsetzung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken gehen in die richtige Richtung. Zu befürchten ist aber, dass dies am Ende dennoch nicht hinreichend sein wird, zumal die neuen Behörden nur eingeschränkte Durchgriffsrechte bekommen sollen, ihre Erkenntnisse und Maßnahmen kaum transparent sein werden und Lobbygruppen in diesem System einen fest installierten Status und Widerspruchsrechte erhalten sollen. Bei den Eigenkapitalanforderungen reicht Basel III bei weitem nicht aus. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert deshalb sukzessive eine Erhöhung der Kerneigenkapitalquote auf zehn Prozent. Dies erst schafft mehr Sicherheiten in der Krise und bremst den Größenwahn der Banker.

5. Die „Schuldenbremse“ wird großen Schaden anrichten

Nur kurzfristig hat die schwarz-rote Bundesregierung in den Jahren 2008 und 2009 mit einer richtigen antizyklischen Krisenpolitik reagiert. Die damit einhergehende Staatsverschuldung (2009 stieg die Nettoneuverschuldung um 72,9 Milliarden Euro und 2010 um 88,6 Milliarden Euro) wurde aber nur zähneknirschend hingenommen. Statt dies jedoch zu nutzen, um sich von ihrer irrationalen und kontraproduktiven Position zur Staatsverschuldung zu verabschieden, wurde bereits im Juni 2009 eine nationale staatliche „Schuldenbremse“ in das Grundgesetz aufgenommen. Damit kann der Bund ab 2016 nur noch eine Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (ca. acht bis zehn Milliarden Euro) vornehmen und den Bundesländern ist ab 2020 sogar jede Neuverschuldung verboten. Die deutsche „Schuldenbremse“ – weder in einem anderen EU-Staat noch in den USA, Japan oder China gibt es eine solche nationale Regelung – fällt außerdem noch deutlich hinter die bereits kontraproduktiven Maastricht-Kriterien zurück, die die Nettokreditaufnahme

in den Staaten der Europäischen Währungsunion (EWU) auf drei Prozent und die Gesamtschulden auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzen.

Mit der „Schuldenbremse“ sollen öffentliche Haushaltsdefizite geradezu als wirtschaftspolitische Todsünde gebrandmarkt werden, von der sich die Politik, so die neoliberalen Apologeten, so schnell wie möglich befreien müsse. Die „Schuldenbremse“ ist Ausdruck des unveränderten neoliberalen Marktfundamentalismus, sie ist ökonomisch und fiskalisch unsinnig und schädlich:

- Die „Schuldenbremse“ zwingt den Bund und die Länder unter der Voraussetzung nicht steigender Steuereinnahmen zum Abbau von Staatsausgaben, insbesondere im Sozialbereich. Von dieser Kürzungspolitik sind auch die Kommunen betroffen.
- Die in der Verfassung vorgesehene konjunkturelle Komponente ist unpräzise und wirkt tendenziell prozyklisch. Im Abschwung bremst die „Schuldenbremse“ daher wirksame Spielräume zum entschiedenen konjunkturellen Gegensteuern.
- Die „Schuldenbremse“ wird nicht dazu beitragen, über sinkende Zinssätze die privaten Investitionen zu stärken. Im Gegenteil wird durch den Abbau von Staatsausgaben die binnenwirtschaftliche Nachfrage reduziert.
- Nicht zuletzt behindert die „Schuldenbremse“ die Finanzierung öffentlicher Investitionen zur Zukunftssicherung künftiger Generationen. Wenn mit öffentlichen Krediten Zukunftsinvestitionen finanziert werden, dann wird das Erbe nachfolgender Generationen gesichert.

Die herrschende Politik begreift offensichtlich einfache gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge nicht, wenn sie immer wieder gebetsmühenhaft die Staatsverschuldung als größtes Übel beklagt. Allen Schulden stehen immer auch Vermögenswerte in gleicher Höhe gegenüber. So stieg allein von 1991 (nach der Wiedervereinigung) bis 2009 das Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland, allerdings völlig ungleich verteilt, um fast 1.840 Milliarden Euro. Dies waren jahresdurchschnittlich 96,8 Milliarden Euro an privatem Reichtumszuwachs. Im selben Zeitraum nahm die Staatsverschuldung („öffentliche Armut“) um knapp 888 Milliarden Euro (jahresdurchschnittlich um 46,7 Milliarden Euro) zu.

Gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung und deren Finanzierung (1991 bis 2009, in Milliarden Euro)

	Summe	Jahresdurchschnitt
Private Haushalte	1.840	97
Nichtfinanzielle Kapitalunternehmen	-461	-24
Finanzinstitute	258	14
Staat	-888	-47
Ausland	-749	-39

Quelle:

Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

Außerdem waren die Unternehmen mit gut 461 Milliarden Euro bei den privaten Haushalten und den Kreditinstituten verschuldet. Dass in der Summe die produzierenden sowie Güter und Dienste anbietenden Unternehmen (so genannte nichtfinanzielle Unternehmen) verschuldet sind, liegt zum einen darin begründet, dass sie für ihre laufende Geschäftstätigkeit und für einen investiven Wachstumsprozess auf Kredite angewiesen sind und zum anderen aber auch daran, dass sie regelmäßig Gewinne an die Eigentümerinnen und Eigentümer der Unternehmen ausschütten. Hierdurch wurde der Reichtum der Privaten Haushalte weiter gesteigert. Und die Verschuldung des Auslands in Höhe von fast 750 Milliarden Euro ist das Spiegelbild der aggressiven deutschen Außenhandelspolitik (vgl. Tabelle). Wenn man unter solchen Bedingungen dem Staat zukünftig einen ausgeglichenen Haushalt vorschreibt, dann muss man dem produzierenden Unternehmenssektor und/oder dem Ausland eine noch höhere Verschuldung abverlangen. Eine höhere Verschuldung des Auslands wäre aber aufgrund der dann noch stärker steigenden internationalen Ungleichgewichte kontraproduktiv und der Unternehmenssektor verfügt alles in allem seit 2004 über hinreichende eigene Mittel zur Finanzierung seiner notwendigen Realinvestitionen. Wer also die Staatsverschuldung abbauen will, ohne noch mehr Schaden anzurichten, der muss die Vermögensbestände durch Steuererhöhungen senken und nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, die Vermögenden noch mit Steuersenkungen beglücken.

Hätte es hier seit 2000 keine Steuersenkungen – insbesondere im Unternehmenssektor – gegeben, dann hätten alleine die notleidenden Kommunen von 2000 bis 2010 ihren Schuldenstand

um 6,6 Milliarden Euro reduzieren können und die Bundesländer statt eines Schuldenzuwachses von 221 Milliarden Euro nur 62 Milliarden Euro zusätzliche Schulden machen müssen. Beim Bund hätte ohne Steuersenkungen der Schuldenzuwachs außerdem nicht 375 Milliarden Euro, sondern nur 239 Milliarden Euro betragen.

6. EU-Politik weiter neoliberal ausgerichtet

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat in den letzten MEMORANDEN stets darauf hingewiesen, dass die Europäische Wirtschaftspolitik einseitig einem neoliberalen Dogma folgt. Im EU-Vertrag wurde 2009 ein fast ausschließlich wettbewerbsorientiertes Regime festgeschrieben. Hinzu kommt eine wirtschaftspolitische Asymmetrie hinsichtlich einer vereinheitlichten Geld- und Finanzpolitik in der Europäischen Währungsunion (EWU). Lediglich ein völlig kontraproduktiver Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt (die europäische „Schuldenbremse“) sollte im Rahmen der Finanzpolitik für eine Vereinheitlichung sorgen. Außerdem verfügt die EU bis heute nicht über einen eigenen Haushalt, der in Form einer antizyklischen Finanzpolitik eine adäquate Wirkung entfalten könnte. In Krisenzeiten rächen sich das politische Versagen und die neoliberale Grundausrichtung in der EU sowie die schweren Konstruktionsfehler bei der Einführung des Euro. Dazu gehören der Verzicht auf einen transparenten Europäischen Krisenmechanismus (EKM), die Bail-Out-Klausel (Schuldenübernahme und Tilgung oder Haftungsübernahme durch den Staat) sowie der Verzicht auf eine koordinierte Finanzpolitik in Abstimmung mit einer nur für die Preisniveaustabilität verantwortlich gemachten Geldpolitik zur Stabilisierung der Konjunktoren innerhalb der EU. Auch wurde sträflicherweise auf eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung sowie auf eine wirtschaftspolitische Koordination zur Vermeidung von Außenbilanzungleichgewichten verzichtet.

Letztlich entscheidend bzw. originär ursächlich für die Krise ist die neoliberal gewollte und auch umgesetzte Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen (Gewinnen, Zinsen, Mieten und Pachten), die zusätzlich noch durch eine verstärkte Privatisierung der gesetzlichen Altersvorsorgesysteme angeheizt wurde. Auch die aktuelle staatliche Finanzie-

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

rungskrise einiger EWU-Länder ist darauf zurückzuführen. Eine ungleiche Verteilung von Wertschöpfungen in und zwischen Staaten muss letztlich zu schwerwiegenden Ungleichgewichten führen. Diese entladen sich in Krisen. Immer mehr akkumuliertes und konzentriertes Vermögen benötigt als Gegenpart immer mehr Schuldner, die es am Ende aber nur als „drittklassige“ Schuldner gibt. Dies zeigt überdeutlich sowohl die schwere Bankenkrise in Irland als auch die Schuldnerposition von Griechenland. Die irischen Banken haben aufgrund niedrigster Steuersätze im eigenen Land internationale Gläubiger angelockt und deren Vermögen als Kredite ausgereicht, die nie hätten vergeben werden dürfen. Und wenn in Ländern wie Griechenland mit hohen Leistungsbilanzdefiziten noch zusätzliche kreditfinanzierte staatliche und private Investitions- und Konsumausgaben getätigt werden, dann hat dies in der Summe zwingend eine hohe Auslandsverschuldung zur Folge.

Besonders deutsche exportorientierte Unternehmen haben von der Schuldnerposition vieler anderer Länder profitiert. Deutsche Unternehmen hatten mit der Einführung des Euro keine exporthemmenden Aufwertungen mehr zu fürchten. Die Exportüberschüsse der einen sind aber die Importüberschüsse der anderen Länder. Die durch die Umverteilung in der produzierenden Realwirtschaft in die Finanzwirtschaft gespülten liquiden Vermögensbestände fanden hier in den Defizitländern zunächst sichere Anlagemöglichkeiten sowohl bei den öffentlichen als auch bei vielen solventen privaten Kreditnachfragern. Offenbar wirkt aber jetzt in der allgemeinen Krise gerade die Kombination aus Staats- und Auslandsschulden gegenüber den Gläubigern nicht mehr vertrauenswürdig. In logischer Konsequenz verweigern die Kapitalmärkte (Gläubiger) den staatlichen Doppelschuldnern neue Kredite oder vergeben diese nur mit höheren Risikoaufschlägen. Dies treibt aber die Schuldner, die weiter auf Kredite angewiesen sind, noch tiefer in die Krise. Um den Defizitländern kurzfristig zu helfen sind Instrumente wie der „Europäische Rettungsschirm“ in Höhe von 750 Milliarden Euro und die noch nicht eingeführten „Eurobonds“ (diese scheiterten bisher insbesondere an Deutschland) ein richtiger Weg. Die Beanspruchung des „Rettungsfonds“ dagegen mit einem staatlichen Austeritätsprogramm zu verknüpfen, ist der eindeutig falsche Weg. Dies treibt die Länder letztlich immer tiefer in die Rezession, so dass

sie am Ende überhaupt nicht mehr in der Lage sind, ihre Schulden zu bedienen, geschweige denn zu begleichen.

In einem im Februar 2011 veröffentlichten SONDERMEMORANDUM unter dem Titel „Euroland in der Krise: Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion“ fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* deshalb folgende Maßnahmen¹:

- Der Euro-Rettungsschirm muss ausgebaut werden.
- Eurobonds müssen zur finanziellen Stabilisierung eingeführt werden.
- Es muss zu einem geordneten Schuldenschnitt durch Gläubigerbeteiligung kommen.
- EZB-Anleihekäufe müssen fortgesetzt und ein demokratisch legitimierter Europäischer Währungsfonds muss konstituiert werden.
- In Europa müssen die Weichen in Richtung eines qualitativen Wirtschaftswachstums gestellt werden, statt jegliches Wachstum mittels der Schrumpfpolitik abzuwürgen.
- Es muss zu einer Harmonisierung europäischer Unternehmenssteuern auf hohem Niveau und zu mehr öffentlichen Einnahmen kommen.
- Es muss eine europäische Wirtschaftsregierung etabliert werden.

Mit all diesen Maßnahmen wird aber noch nicht die originäre Krisenursache bekämpft. Dazu müsste vor allem die Umverteilung von unten nach oben beendet werden. Ansonsten wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis es zu neuen heftigen Krisen kommt.

7. Alternativen sind notwendig – Umverteilung umkehren

Um eine grundsätzliche Trendwende einzuleiten fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine Umverteilung von oben nach unten. Dazu müssen die Reallohnsteigerungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt höher ausfallen als Produktivitätssteigerungen.

Über die Höhe der Löhne entscheiden aber die jeweiligen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in den Tarifverhandlungen. Hier müssen sich die Gewerkschaften in Zukunft mehr den „Klassenkampf von unten“ (Elmar Altvater) gegen den seit langem von den Neoliberalen geführten „Klassenkampf von oben“ auf ihre Fahnen schreiben. Aber auch der Staat

¹ Download: www.alternative-wirtschaftspolitik.de

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

kann zu einer gerechteren Verteilung der in einer Gesellschaft (Volkswirtschaft) immer arbeitsteilig generierten Wertschöpfung beitragen. Wenn Politik es wirklich ernst mit der Sozialen Marktwirtschaft meint, so hat hier der Staat die Aufgabe, die ungerechten und suboptimalen primären Verteilungsergebnisse, die an den Märkten zustande kommen, durch eine Umverteilung zu berichtigen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert in diesem Kontext endlich die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von zunächst zehn Euro brutto je Stunde. Dies auch in Anbetracht der ab dem 1. Mai 2011 gültigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürgerinnen und Bürger aus den zehn osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten. Hier droht ohne einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn zukünftig ein noch schärferes Lohndumping.

Ein weiterer notwendiger Beitrag des Staats besteht darin, Formen der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, durch die die Position der Gewerkschaften in den letzten Jahren nachhaltig geschwächt wurde, wieder zurückzunehmen und die Arbeitsmärkte stärker zu regulieren und zu entflexibilisieren. Hier fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* u. a. eine Begrenzung der Leiharbeit zur ausschließlichen Abdeckung von Auftragsspitzen in den Unternehmen. Leiharbeit ist dabei als eine besonders belastende Form der abhängigen Beschäftigung nicht wie heute mit geringeren, sondern mit höheren Löhnen als bei vergleichbarer Normalbeschäftigung zu vergüten. Der Staat als Tarifpartner könnte dabei mit gutem Beispiel vorangehen, indem er im Rahmen seiner eigenen Tarifabschlüsse Lohn- und Gehaltserhöhungen oberhalb des verteilungsneutralen Spielraums vereinbart. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* unterstützt ausdrücklich die aktuellen Tarifforderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, die Löhne und Gehälter der öffentlich Bediensteten in den Bundesländern deutlich anzuheben.

Ohne Arbeitszeitverkürzung keine Vollbeschäftigung

Außerdem fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit eine umfassende (kollektive) Arbeitszeitverkürzung. Sie hat dazu die makroökonomischen Zusammenhänge im MEMORANDUM 2008 ausführlich aufgezeigt und auch die dringende sozioökonomische sowie

tarifvertragliche Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen dargelegt. Ohne den Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist eine Trendwende bei der sozial ungerechten und wirtschaftlich kontraproduktiven neoliberalen Umverteilung von unten nach oben kaum durchsetzbar.

Jede Form von Arbeitszeitverkürzung ist denkbar. Die Lebensarbeitszeit kann durch einen frühen Ausstieg aus dem Erwerbsleben genauso verkürzt werden, wie die regelmäßige Wochenarbeitszeit. In Teilzeit arbeitenden Männern und insbesondere Frauen, die gerne länger arbeiten wollen, muss dies ermöglicht werden. Entsprechend stark ist die regelmäßige Vollzeitarbeitszeit zu senken. Das Ziel muss lauten: Kurze Vollzeit auf Basis einer 30-Stunden-Woche für alle.

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit ist – genauso wie beim Arbeitsentgelt – die Verteilungsfrage zu stellen. Deshalb wollen die Arbeitgeber keine Arbeitszeitverkürzungen. Aber auch die Beschäftigten befürchten Einkommensverluste und weitere Arbeitsverdichtungen. Hierzu ist Folgendes klarzustellen: Kommt es zu einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in Höhe der jeweils erzielten Produktivitätsrate, dann haben die Unternehmer keine Gewinnverluste, vielmehr steigen die Gewinne in exakt gleicher Höhe mit der Produktivität. Lediglich wenn die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich größer ist als das Wachstum der Produktivitätsrate: sinkt die Gewinnquote bzw. der Anteil der Gewinne an der Wertschöpfung. Kommt es dagegen zu keinen Arbeitszeitverkürzungen und besteht weiter Massenarbeitslosigkeit, so werden, wie schon in der Vergangenheit, die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen weiterhin kaum den verteilungsneutralen Spielraum ausschöpfen können. Nur bei einem verknappten Arbeitsangebot kann erfahrungsgemäß ein notwendiger Anstieg der Löhne und Gehälter durchgesetzt werden. Damit es bei Arbeitszeitverkürzungen zu keiner Arbeitsverdichtung kommt, muss natürlich in den Tarifverträgen festgelegt werden, dass in Höhe der verkürzten Arbeitszeit entsprechende Neueinstellungen zur Kompensation des ansonsten rückläufigen Arbeitsvolumens stattfinden müssen. Geschieht dies nicht, wird auch nicht die Arbeitslosigkeit abgebaut und es kommt zu einer höheren Arbeitsverdichtung und Umverteilung zulasten der Beschäftigten. Damit dies insgesamt für die Beschäftigten nicht der Fall ist und Arbeitslose eine Beschäftigung finden, muss bei einer kollektiven Arbeitszeitverkür-

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

zung ein voller Lohnausgleich unter Berücksichtigung eines Inflationsausgleichs durchgesetzt werden. Nur so bleibt die Kaufkraft der Beschäftigten erhalten. Der Lohnsatz muss dann gemäß der Inflationsrate steigen, damit die absoluten realen Monats- bzw. Jahreseinkommen nicht zurückgehen. Für den „Verzicht“ auf ein steigendes reales Einkommen arbeiten die Beschäftigten dann aber auch weniger, und sie gewinnen an persönlicher Zeitsouveränität. Durch den Abbau der Arbeitslosigkeit würde der Staat die erheblichen Kosten der Arbeitslosigkeit einsparen und zudem würde durch mehr Beschäftigte eine zusätzliche Konsumnachfrage entfaltet. Zur Umsetzung von Arbeitszeitverkürzungen in kleinen Unternehmen bis 50 Beschäftigten sollte die Bundesagentur für Arbeit adäquate monetäre Unterstützungen in den ersten drei Jahren leisten. Es gibt keinen Grund, Arbeitszeitverkürzungen nicht sofort auf die gewerkschaftliche und politische Agenda zu setzen. Dagegen steht allerdings eine von mächtigen Kapitalinteressen geleitete Bereicherung einer gesellschaftlichen Minderheit zulasten der Mehrheit abhängig Beschäftigter und Arbeitsloser.

Öffentlich geförderte Beschäftigung

Wachstum und kollektive Arbeitszeitverkürzungen allein werden aber nicht hinreichend sein, um zügig zu einer dringend notwendigen Vollbeschäftigung zurückzufinden. Deshalb ist zusätzlich öffentlich geförderte Beschäftigung zu organisieren. Diese ist die Antwort nicht nur auf die sich festgesetzte überzyklische Sockelarbeitslosigkeit und die hohe Zahl Langzeitarbeitsloser mit qualifikatorischen, gesundheitlichen und altersbedingten Einschränkungen, sondern auch auf die seit der Wiedervereinigung bestehende hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland und vielen Regionen Westdeutschlands, die nicht durch konjunkturelle Bewegungen zu erklären ist. Beispiele für solche nicht marktvermittelten öffentlichen Arbeiten sind u. a.: Jugendarbeit, soziale und kulturelle Dienstleistungen, Tätigkeiten im Rahmen staatlicher Umweltsanierung, Denkmalpflege und Tourismusförderung, Wohnumfeld- und Dorferneuerung und Aufgaben im Breitensport sowie die Unterstützung an Schulen und Bildungseinrichtungen. Gemeinsam ist solchen Arbeitsfeldern, dass sie zwar in der Regel auf breite gesellschaftliche Anerkennung stoßen, jedoch mangels einzelwirtschaftlicher Rentabilität über den Markt nicht zustande kommen. In

manchen Bereichen hat sich der Staat auch aus solchen wichtigen gesellschaftlichen Aufgabefeldern zurückgezogen und dies zynisch mit selbstgeschaffenen fiskalischen Zwängen („Diktat der leeren Kassen“) begründet. Öffentlich geförderte Beschäftigung sieht die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* als eine sozialverträgliche Alternative zu Hartz IV an. Deshalb müssen die zu schaffenden öffentlichen Beschäftigungsverhältnisse gute Arbeitsbedingungen zu existenzsichernden Bezahlungen gewährleisten.

Neben Arbeitszeitverkürzungen und einem öffentlichen Beschäftigungssektor schlägt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ein umfassendes öffentliches Investitions-, Beschäftigungs- und ökologisches Umbauprogramm in Höhe von jährlich 110 Milliarden Euro vor. Dies sind etwa vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Von diesem Betrag sollen 75 Milliarden Euro in öffentliche Investitionen fließen, 18 Milliarden Euro in öffentlich geförderte Beschäftigung, Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Sektor und die Unterstützung von Arbeitszeitverkürzungen in der Privatwirtschaft bei kleinen und mittleren Unternehmen sowie 17 Milliarden Euro in die Förderung des Konsums durch die Anhebung der Sätze für das Arbeitslosengeld II.

Finanziert werden soll das Programm durch eine völlig andere Steuerpolitik. Diese hat die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* in den letzten Memoranden umfassend dargelegt. Ausgehend von dem alten finanzwissenschaftlichen Grundsatz der gerechten Besteuerung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine kräftige Anhebung der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie adäquate Erbschaft- und Schenkungsteuersätze mit angemessenen Freibeträgen. Das völlig überholte Ehegattensplitting soll – abgesehen von einer Übergangsregelung – abgeschafft werden. Als Ausgleich erhält jeder nicht erwerbstätige Ehegatte einen Freibetrag. Alle Einkunftsarten (auch Kapitaleinkommen und Dividenden) müssen einheitlich dem individuellen Einkommensteuertarif unterliegen. Die 2009 eingeführte Abgeltungsteuer muss wieder abgeschafft werden. Um die Kommunen besserzustellen, muss die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Gemeindefiskalsteuer weiterentwickelt werden.

Um Spekulationen an den internationalen Finanzmärkten zu verteuern und einzudämmen,

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

muss eine Finanztransaktionsteuer mindestens auf europäischer, aber besser noch auf internationaler Ebene eingeführt werden. Und nicht zuletzt muss endlich eine konsequente Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung durchgesetzt werden. Steuerdelikte sind keine „Kavaliersdelikte“.

Mit einer solchen Steuerpolitik der ökonomischen Vernunft und zusätzlich durch einen wachstumsbedingten Selbstfinanzierungseffekt würde der finanzielle Spielraum der öffentlichen Hände für eine sozial- und ökologieorientierte Wirtschaftspolitik hergestellt. Zur Anschubfinanzierung dieser Politik sollte auch eine öffentliche Schuldenaufnahme zum Tragen kommen, wobei sich hier die zukünftige kontraproduktive Wirkung einer „Schuldenbremse“ manifestiert, die dies nicht mehr bzw. nur noch stark eingeschränkt zulässt.

Wirtschaft demokratisieren

Neben der Kritik am marktradikalen wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland, aber auch in der EU insgesamt, sowie den daraus zuvor abgeleiteten Alternativen einer Wirtschaftspolitik fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* zusätzlich grundsätzliche Schritte zu einer Etablierung von Wirtschaftsdemokratie. Im MEMORANDUM 2007 hat sie dazu das Wesentliche abgeleitet und begründet. Bis heute ist die bundesdeutsche Gesellschaft in eine repräsentative parlamentarische Demokratie als politischem Überbau und einen nicht demokratisierten ökonomischen Unterbau getrennt. Diese Asymmetrie muss überwunden werden. In der Wirtschaft herrscht einseitig das Kapital – nach der weltweiten Liberalisierung der Märkte insbesondere das Finanzkapital. Auf den Märkten sind die Strukturen weitgehend vermachtet, und in den Unternehmen gibt es immer weniger Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten. Autokratische und paternalistische Führungsstile sind auf einzelwirtschaftlicher Ebene an der Tagesordnung. Das „Investitionsmonopol“ (Erich Preiser) wirkt im wahrsten Sinne des Wortes. Die Angst der Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz bei fortwährender Massenarbeitslosigkeit begünstigt diese schädlichen Entwicklungen.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* stellt dem eine grundsätzliche ökonomische Demokratietheorie entgegen. Diese verlangt nach einem „Dreiklang“ in Form einer integrativen Vernetzung der Wirtschaft auf der Makro-, Meso- und Mikroebene. Sowohl durch

repräsentative als auch durch basisdemokratische Abstimmungsprozesse muss ein gesellschaftliches holistisches Emanzipationskonzept zur Herausbildung einer neuen Wirtschaftsordnung etabliert werden – möglichst abgestimmt auf europäischer Ebene. Alle drei ökonomischen Ebenen sind heute nicht demokratisch organisiert, sondern vermachten und entdemokratisieren sich immer mehr.

Die Makroebene wird seit langem auf Druck des Kapitals auf eine neoliberalen Wirtschaftspolitik ausgerichtet und damit pervertiert. Dies verschärft den Krisenprozess, der dem Kapitalismus immanent ist. Dem stellt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine staatliche, in die Märkte intervenierende Wirtschaftspolitik zum Vorteil für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger entgegen. Hierdurch sollen sowohl suboptimale wettbewerbliche Marktprozesse ausgesteuert und ökologische Ansprüche berücksichtigt als auch verteilungsungerechte Marktergebnisse korrigiert werden. Ganz wichtig ist dabei die uneingeschränkte Umstellung des Wachstums auf einen verstärkten ökologischen Wachstumspfad zum Schutz der Umwelt. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat dies im MEMORANDUM 2010 ausführlich aufgezeigt. Zum Ansatz einer Wirtschaftsdemokratie zählt auch eine Struktur-(Industrie-)politik plus einer raumwirtschaftlichen Verzahnung als Regionalpolitik, die bis zur sektoralen Investitionslenkung reichen kann. Um diese Makropolitik durchzusetzen muss sich aber der politische Überbau, der Staat, anders verhalten als heute. Ziel der demokratisch gewählten Politik muss immer das Allgemeinwohl der Bevölkerung und nicht das Streben partikularer Kapitalinteressen nach maximalem Profit sein.

Auf der Mesoebene bzw. auf der Marktebene muss die heute bestehende Marktmacht uneingeschränkt bekämpft werden. Dies ist ein zweiter wichtiger Baustein einer Wirtschaftsdemokratie. Je mehr Marktmacht sich verbreitet, umso mehr kommt es zu Entdemokratisierungsprozessen nicht nur in der Wirtschaft. Daher setzt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* mit ihrer Konzeption auf regulierte Märkte und einen stark kontrollierten Wettbewerb. Wettbewerbs- und Verbraucherschutzpolitik, aber auch die Mittelstandspolitik, sind diesbezüglich massiv auszubauen und durch europäisch verankerte Antikartellgesetze zu unterstützen. Es ist ein Skandal, dass Kartelle und der Missbrauch marktbeherrschender Un-

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

ternehmen, die volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe anrichten, bis heute in Europa lediglich mit lächerlichen Bußgeldern sanktioniert und nicht mit dem Strafgesetzbuch geahndet werden.

Drittens geht es bei Wirtschaftsdemokratie um einen doppelten Anspruch auf der Mikroebene. Dazu gehört zum einen eine Partizipation der abhängig Beschäftigten in Form einer paritätischen Mitbestimmung an den Entscheidungsprozessen in Betrieb und Unternehmen. Zum anderen ist eine materielle Teilhabe an den von den Lohnarbeitenden geschaffenen Werten erforderlich, die über dem verteilungsneutralen Spielraum hinausreichen muss. Und schließlich geht es auch um ethische Belange in der Ökonomie, um die Freiheit der Individuen durch

eine Zurückdrängung von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert daher alle demokratischen Kräfte auf, sich an Diskussionen über konkrete Schritte einer politischen Umsetzung einer Wirtschaftsdemokratie in dem aufgezeigten Kontext zu beteiligen.

Grafiken: SAFRAN WORKS, www.safran-works.de